

»Nie waren die Vereinten Nationen relevanter«

Rede des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Ban Ki-moon am 4. Februar 2011 in der Humboldt-Universität zu Berlin (gekürzt)

Es freut mich, heute wieder in Berlin zu sein. (...)

(H)eute leben wir in einer Ära des Wandels, dramatischer Veränderungen in der globalen Landschaft, mit neu entstehenden Wirtschaftsmächten, einer neuen Generation von Bedrohungen und alten Bedrohungen in neuer Gestalt. Ich bin hier, um zu Ihnen über diese Herausforderungen zu sprechen und um Ihre Unterstützung bei ihrer Bewältigung zu bitten. Die Humboldt-Universität bringt die besten Voraussetzungen mit, hierzu beizutragen.

Gleiches lässt sich auch von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen sagen. Sie sind ein guter Freund. Und wie ihre Schwesterorganisationen in der ganzen Welt gehen Sie mit großem Engagement daran, zu erläutern, was die Vereinten Nationen tun und warum dies wichtig ist – vor allem jetzt.

Bevor ich zum offiziellen Teil meiner Rede komme, möchte ich mich kurz zu den jüngsten Ereignissen in Ägypten äußern, die wir, wie ich weiß, alle sehr aufmerksam und mit bedrücktem Herzen verfolgen. Leider hat die Lage eine höchst beunruhigende Wendung genommen. Die Gewalthandlungen und Einschüchterungen sollten ein Ende haben. Insbesondere die Einschränkungen für die internationalen Medien und Menschenrechtsgruppen sind völlig unannehmbar. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit sind grundlegende Menschenrechte und unabdingbare demokratische Werte.

Ich fordere erneut zur Besonnenheit und Zurückhaltung auf und lege den ägyptischen Behörden eindringlich nahe, auf die wahre Stimme des Volkes zu hören. Es bedarf eines Prozesses des nationalen Dialogs, mit dem ein geordneter und friedlicher Übergang angebahnt wird – ein Prozess, der dem ägyptischen Volk gestatten wird, seine Wünsche möglichst bald in freien, fairen und glaubwürdigen Wahlen zu bekunden, und der den Weg für eine flexible, wirksame und rechenschaftspflichtige Regierungsführung ebnet wird.

Dieser Prozess sollte sofort beginnen. Tiefgreifende Veränderungen und Reformen können nicht länger warten. Es gibt keine Zeit zu verlieren. Arbeitsplätze, Freiheiten und Entwicklungschancen sind entscheidend für die Zukunft Ägyptens. Dass sie nach wie vor fehlen, ist ein Rezept für weitere Instabilität. Wir müssen auch die Folgen bedenken, die die aktuellen Ereignisse für den Nahost-Friedensprozess haben. Auf das Demokratiedefizit und andere Probleme in der Region machen die Vereinten Nationen seit 2002 in regelmäßigen Berichten über die menschliche Entwicklung in der arabischen Welt aufmerksam. Die Vereinten Nationen ste-



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon am 4. Februar 2011 in Berlin.

UN-Foto: Mark Garten

hen bereit, dem ägyptischen Volk bei der Suche nach dem Weg in die Zukunft behilflich zu sein.

Ich habe selbst miterlebt, was die Vereinten Nationen tun können. Eine meiner frühesten Erinnerungen ist, dass mein eigenes Dorf brennt und dass ich von den Bergen, auf die ich mit meiner Familie geflohen war, darauf zurückblicke.

Mit der Hilfe der Vereinten Nationen wurde mein Land nach einem verheerenden Krieg wieder aufgebaut. Die Vereinten Nationen gaben mir und meiner Familie, meiner ganzen Nation, Nahrung. Sie brachten uns Hoffnung, deren Symbol für mich bis heute die Flagge der Vereinten Nationen ist.

Genau das ist es, was ich heute für andere tun möchte. Für die Vereinten Nationen und ihre Tätigkeit einzutreten. Den Hoffnungslosen Hoffnung zu bieten. Den Stimmlosen eine Stimme zu geben. Den Schutzlosen Schutz zu gewähren. Überall in der Welt blicken die Menschen auf die Vereinten Nationen. Sie bitten uns, mehr zu tun als je zuvor.

Die Bedürfnisse haben ein gewaltiges Ausmaß: Konflikte, Unterdrückung, Intoleranz, Naturkatastrophen, die uns heftiger und immer häufiger heimsuchen, Klimawandel, Hunger und Mangelernährung, die Finanzkrise, die Ausbreitung von tödlichen Krankheiten und Massenvernichtungswaffen.

Diese Herausforderungen machen vor Grenzen nicht Halt. Sie sind von globaler Reichweite. Einzelne Länder oder Ländergruppen, gleichviel, wie mächtig sie sind, können sie nicht allein bewältigen. Wir müssen gemeinschaftlich gemeinsame Lösungen finden. Wir dürfen dies nicht nur als pragmatische Lastenteilung verstehen, auch wenn dies als Begründung sicherlich ausrei-

chen würde. Vielmehr ist dies eine Notwendigkeit, denn es ist uns bestimmt, mehr von unserem Leben gemeinsam zu leben – und wir müssen mehr tun, um uns auf diese geteilte Zukunft vorzubereiten.

Dank der globalen Kommunikationsverbindungen wissen wir mehr übereinander – was es heißt, reich zu sein, und was es heißt, arm zu sein. Ein Netz von Reiserouten und Handelswegen hat dafür gesorgt, dass wir auch stärker aufeinander angewiesen sind.

Die Vorstellung, dass ein geringer Prozentsatz der Menschheit weiterhin Freiheiten und Chancen genießen kann, während Milliarden anderer in bitterstem Elend verharren, ist nicht länger tragbar. Sie sehen, wie sich dies zur Stunde in den Straßen von Kairo, Tunis und vielen anderen Orten manifestiert.

Größere Chancenfreiheit muss mit mehr sozialer Gerechtigkeit einhergehen. Menschenrechte und Chancen für die Menschen sind Sache aller. Wir sind eine Gemeinschaft von sieben Milliarden Menschen, von denen jeder Recht auf ein bestimmtes Maß an Sicherheit, Würde und Hoffnung hat. Dies ist unser gemeinsamer Standard, unsere gemeinsame Aufgabe.

Wir müssen mehr, weitaus mehr tun, um unsere gemeinsame Zukunft aufzubauen. Dies war mein oberstes Anliegen, als ich vor drei Wochen für die Mitgliedstaaten – und für die Menschen der Welt – meine Prioritäten für das bevorstehende Jahr festlegte.

Einer der wichtigsten Bausteine ist die nachhaltige Entwicklung. Im vergangenen Jahrhundert bahnte sich die Welt ihren Weg zu Wohlstand und Wachstum vor allem durch Raubbau an der Natur und an den Bodenschätzen. Wir glaubten an Konsum ohne Folgen. Diese Zeiten sind vorbei. Im 21. Jahrhundert gehen die Reserven zur Neige, und der globale Thermostat nähert sich seiner Leistungsgrenze. Die alten Modelle und Definitionen taugen nicht länger; sie sind nicht nur veraltet, sondern gefährlich – man könnte sogar sagen, selbstmörderisch.

Wir müssen neu abgrenzen, was wir unter ›Fortschritt‹ verstehen. Wir benötigen eine Revolution der Lebensstile, eine Revolution unserer individuellen Lebensführung, eine Revolution in unseren Beziehungen mit unserem Planeten. Wir sind gefordert, nachhaltiges Wachstum in einer Zeit des Mangels zu schaffen, die Menschen aus der Armut zu befreien und gleichzeitig die Umwelt und die Ökosysteme zu schützen, die unsere Lebensgrundlage sind.

Deshalb war ich in den vergangenen vier Jahren darum bemüht, dem Klimawandel in der globalen Agenda einen sehr hohen Stellenwert zu verschaffen. Der Klimawandel führt uns auf einen ökologischen Abweg. Dieser Weg gehört der Vergangenheit an und ist nicht länger begehbar. Wir müssen zukunftsfähige Wege einschlagen.

Sie in Deutschland verstehen das. Sie verfügen über eine starke ›grüne‹ Bewegung. Sie sind bahnbrechend bei den erneuerbaren Energien. Bonn ist großzügiger Gastgeber und Standort für das UN-Klimasekretariat, das den grundlegenden Wandel globaler Denkhaltung

mitbestimmt. Ich hoffe, dass Deutschland und seine EU-Partner trotz schwieriger Zeiten für die Wirtschaft auch weiterhin eine treibende Kraft für Wachstum auf der Grundlage sauberer Energien sein werden.

Ein Umdenken in dem, was wir tun – die Voraussetzungen für die Zukunft schaffen – bedeutet auch, Zusammenhänge zwischen Klima, Wasser, Nahrung und Energie herzustellen. Genau dazu wird die von mir eingesetzte Hochrangige Gruppe für globale Nachhaltigkeit im Zuge unserer Vorbereitungen auf die Rio-Konferenz 2012 – den nächsten Umweltgipfel – Empfehlungen abgeben. Nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen, bedeutet auch, Schwerpunkte in den Bereichen zu setzen, in denen intelligente Investitionen überaus große Vorteile bringen können.

Ein solcher Multiplikatoreffekt übertrifft alle anderen: die Gesundheit und das Wohlbefinden der Frauen und Mädchen in aller Welt, der weltweit am stärksten untergenutzten Ressource. Unsere neue Globale Strategie zugunsten der Gesundheit von Frauen und Kindern hat das Ziel, jährlich zwei Millionen Leben zu retten.

Unsere Strategie für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele stellt Frauen (und Mädchen) direkt in den Mittelpunkt unserer Entwicklungsanstrengungen. Denn so bekommt man, wie die Amerikaner sagen, ›the most bang for your buck‹ – ist der Miteinsatz wirkungsoptimiert. Unsere neueste Institution, ›UN Women‹, hat ihre Arbeit aufgenommen und wird uns besser befähigen, die Ermächtigung der Frauen voranzubringen. Bei den Vereinten Nationen selbst habe ich die Ermächtigung der Frauen zu einer Priorität erhoben. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren den Anteil der Frauen in Führungspositionen um mehr als 40 Prozent gesteigert. Das Amt des Rechtsberaters, des Nothilfekoordinators, des leitenden Entwicklungsbeauftragten, des obersten Klimaunterhändlers, des Menschenrechtskommissars, des Verwaltungschefs, des leitenden Arztes und selbst des obersten Polizisten – all diese Ämter werden bei den Vereinten Nationen von Frauen bekleidet.

Zu den Bausteinen unserer gemeinsamen Zukunft gehören auch die Grundlagen für Sicherheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, demokratisches Regieren und Frieden. Die Stärkung dieses Fundaments der Zukunft ist für die Vereinten Nationen ein humanitäres Gebot.

Im Katastrophenfall sind die Vereinten Nationen weltweit die ersten Helfer. Wir sind vor Ort in Notsituationen, die die Schlagzeilen beherrschen – Haiti und Pakistan, um nur zwei davon zu nennen. Wir sind auch da für die Bedürftigen an den vielen Orten, die nie im Rampenlicht der internationalen Aufmerksamkeit stehen: für die hunderttausenden hungernden Menschen in Niger, die drei Millionen Menschen in Somalia, die wir jeden Tag mit Nahrung versorgen.

Wir sichern den Frieden an immer mehr Orten: mehr als 120 000 Soldaten und Polizisten sind in 15 Friedenssicherungseinsätzen in der ganzen Welt tätig. Wir sind eine globale Präsenz – Friedenssicherung, Friedenskon-

solidierung, Vermittlung, Gute Dienste und mehr – von Irak bis Libanon, von Somalia bis Sierra Leone, von Zentralasien bis Timor-Leste. Wir bilden eine schmale blaue Trennlinie in Ländern, die an einem entscheidenden Wendepunkt stehen, ob sie einen Konflikt überwunden haben oder den schwierigen Übergang zur Demokratie vollziehen.

In Côte d'Ivoire haben wir nicht nachgegeben. Hier steht eine Menge auf dem Spiel: die Achtung des klar bekundeten Willens des ivorischen Volkes, die politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes und der Subregion, die Zukunft der Demokratie selbst.

In Afghanistan bilden deutsche Soldaten die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte aus. Ich weiß, dass dieser Einsatz nicht unumstritten ist. Ich kann Ihnen jedoch sagen, dass er unerlässlich dafür ist, die afghanischen Institutionen aufzubauen und Hoffnung für die Zukunft zu schaffen.

Natürlich verfolge ich aufmerksam die Situation in Ägypten, Tunesien und in der Region. Es handelt sich um komplexe Situationen, die eine eigene Dynamik entfalten. Niemand kann genau vorhersagen, welchen Lauf die Ereignisse nehmen werden. Eines lässt sich jedoch feststellen: Mitauslöser für die Unruhen ist das Fehlen grundlegender Dinge, die den Menschen überall zu Recht zustehen: Arbeitsplätze und Entwicklungschancen, Menschenwürde und Menschenrechte, eine flexible, rechenschaftspflichtige, ehrliche und wirksame Regierungsführung.

Die Proteste, die wir gerade miterleben, sollten allen politischen Führern der Welt eine Mahnung sein, auf

ihr Volk zu hören – seinen Hoffnungen und Bestrebungen Rechnung zu tragen, Chancen für eine bessere Zukunft zu fördern, gemeinschaftlich und im gemeinsamen Interesse für diejenigen zu arbeiten, die sie regieren. Bei all dem muss die internationale Gemeinschaft ein besserer Partner sein und zusammen eine bessere Zukunft für alle aufbauen. Dazu haben wir die Vereinten Nationen. In dieser Ära des Wandels müssen auch die Vereinten Nationen einen Wandel vollziehen. In einer Zeit wirtschaftlicher Sparmaßnahmen müssen wir mit dem, was wir haben, mehr leisten. Wir müssen lernen, effizienter und effektiver, schneller und mobiler, transparenter und stärker rechenschaftspflichtig zu sein. Nie waren die Vereinten Nationen relevanter oder wichtiger.

Wenige Laufbahnen sind heute fordernder, anspruchsvoller und spannender als eine Laufbahn im internationalen öffentlichen Dienst. Ich hoffe, einige von Ihnen (...) werden eine Tätigkeit bei den Vereinten Nationen ins Auge fassen. Ich hoffe, niemand von Ihnen wird bei den großen Ereignissen, die unsere Welt verändern, nur Zuschauer sein. Ihr Engagement ist wichtig. Sie können etwas bewirken. Und daher lege ich Ihnen nahe, bei uns einzusteigen. Schließen Sie sich uns an und tragen Sie bei zu kollektivem Handeln in diesem außerordentlichen neuen ›multilateralen Moment‹. Helfen Sie uns dabei, unsere Rolle in einer sich verändernden Welt zu überdenken und neu zu definieren. Helfen Sie uns dabei, unsere Welt umzugestalten, um einer neuen Generation behilflich zu sein, ihren rechtmäßigen Platz in der Welt zu finden, um eine hellere Zukunft für alle zu schaffen.

Dokumente der Vereinten Nationen

Seit dem Jahrgang 2006 werden in der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN nur noch besonders wichtige deutschsprachige Dokumente des Sicherheitsrats, der Generalversammlung und anderer Organe der Vereinten Nationen im Volltext abgedruckt. Stattdessen wird eine Liste der im zurückliegenden Zeitraum verabschiedeten Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats sowie ausgesuchter Resolutionen der Generalversammlung oder anderer Organe mit einer kurzen Inhaltsangabe und den (etwaigen) Abstimmungsergebnissen abgedruckt. Zu finden sind diese Dokumente über die Website des Deutschen Übersetzungsdienstes: <http://www.un.org/>

Depts/german oder über das allgemeine elektronische Dokumentenarchiv der Vereinten Nationen (Official Document System – ODS) unter: <http://documents.un.org>. (Zu den Recherchemöglichkeiten siehe: Monika Torrey, Der Deutsche Übersetzungsdienst der UN. Ein Leitfaden für die Dokumentenrecherche, VN, 1–2/2006, S. 72f.)

In der folgenden Übersicht sind die Resolutionen und die Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats von **November 2010 bis März 2011** aufgeführt. Die Dokumente sind alphabetisch nach Ländern, Regionen oder Themen sortiert. In der jeweiligen Rubrik erfolgt die Auflistung chronologisch (das älteste Dokument zuerst).

Generalversammlung

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungsergebnis
Libyen	A/RES/65/265	1.3.2011	Kenntnis nehmend von der Resolution S-15/1 des Menschenrechtsrats vom 25. Februar 2011 und unter Begrüßung der Erklärung der Liga der arabischen Staaten vom 22. Februar 2011 sowie des Kommuniqués des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 23. Februar 2011 beschließt die Generalversammlung, die Mitgliedschaftsrechte der Libysch-Arabischen Dschamahirija im Menschenrechtsrat auszusetzen.	Ohne förmliche Abstimmung angenommen

Sicherheitsrat				
	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungsergebnis
Burundi	S/RES/1959(2010)	16.12.2010	Der Sicherheitsrat ersucht den Generalsekretär, das Büro der Vereinten Nationen in Burundi (BNUB) bis zum 31. Dezember 2011 als deutlich verkleinerte Präsenz der Vereinten Nationen in Nachfolge des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi (BINUB) einzurichten . Er begrüßt, dass das BNUB von einem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, unterstützt von einem Stellvertretenden Sonderbeauftragten, geleitet werden soll und dass dieser auch als Residierender Koordinator der Vereinten Nationen und als humanitärer Koordinator sowie als Residierender Vertreter des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen fungieren soll.	Einstimmige Annahme
Côte d'Ivoire	S/RES/1951(2010)	24.11.2010	Der Sicherheitsrat beschließt , den Generalsekretär zu ermächtigen, für einen Zeitraum von nicht mehr als vier Wochen höchstens drei Infanteriekompanien und eine aus zwei militärischen Mehrzweckhubschraubern bestehende Fliegereinheit vorübergehend von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia (UNMIL) zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (UNOCI) zu verlegen .	Einstimmige Annahme
	S/RES/1962(2010)	20.12.2010	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (UNOCI) bis zum 30. Juni 2011 zu verlängern und genehmigt, dass dabei die Personalstärke beibehalten wird. Er beschließt , den Generalsekretär zu ermächtigen, in Weiterverfolgung der Resolution 1942(2010) die vorübergehende Entsendung von bis zu 500 zusätzlichen Kräften zwischen der UNMIL und der UNOCI bis zum 31. März 2011 sowie die vorübergehende Verlegung von drei Infanteriekompanien und einer aus zwei militärischen Mehrzweckhubschraubern bestehenden Fliegereinheit von der UNMIL zur UNOCI um bis zu vier zusätzliche Wochen zu verlängern .	Einstimmige Annahme
	S/RES/1967(2011)	19.1.2011	Der Sicherheitsrat beschließt , nach Bedarf vorübergehend 2000 weitere Soldaten zwischen der Mission der Vereinten Nationen in Liberia (UNMIL) und der UNOCI bis zum 30. Juni 2011 zu genehmigen . Er beschließt außerdem, entsprechend der Empfehlung des Generalsekretärs in seinem Schreiben vom 7. Januar 2011 (S/2011/5) den vorübergehenden Transfer von drei bewaffneten Hubschraubern samt Besatzung von der UNMIL zur UNOCI für einen Zeitraum von vier Wochen zu genehmigen .	Einstimmige Annahme
	S/RES/1968(2011)	16.2.2011	Der Sicherheitsrat beschließt , den Generalsekretär zu ermächtigen, in Weiterverfolgung vorangegangener Resolutionen, die vorübergehende Verlegung von drei Infanteriekompanien, einer aus zwei militärischen Mehrzweckhubschraubern bestehenden Lufteinheit und drei bewaffneten Hubschraubern samt Besatzung von der UNMIL zur UNOCI um bis zu drei Monate zu verlängern .	Einstimmige Annahme
Frauen	S/RES/1960(2010)	16.12.2010	Der Sicherheitsrat fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf, konkrete und termingebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt einzugehen und umzusetzen , unter anderem durch die Erteilung klarer Befehle über Befehlsketten, die sexuelle Gewalt verbieten, und das Verbot sexueller Gewalt in Verhaltenskodizes, militärischen Feldhandbüchern oder ähnlichem. Der Rat fordert diese Parteien ferner auf, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Missbräuche einzugehen und umzusetzen, mit dem Ziel, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.	Einstimmige Annahme
Humanitäres Völkerrecht	S/PRST/2010/25 + Anlage	22.11.2010	Der Sicherheitsrat verabschiedet das in der Anlage zu dieser Erklärung seines Präsidenten enthaltene aktualisierte Aide-mémoire und betont, dass dieses auch künftig systematischer und konsequenter genutzt werden muss . Er stellt fest, dass die Staaten die Hauptverantwortung dafür tragen, die Menschenrechte aller in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen und ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen zu achten und zu gewährleisten, wie vom einschlägigen Völkerrecht vorgeschrieben. Der Rat erklärt erneut, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen zu gewährleisten, und fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien nachdrücklich auf, die Grundbedürfnisse dieser Personen zu decken und dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern, Flüchtlingen, Binnenvertriebenen sowie anderen Zivilpersonen mit besonderer Schutzbedürftigkeit, namentlich Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen, zu beachten.	

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
Liberia	S/RES/1961(2010)	17.12.2010	Der Sicherheitsrat beschließt , die mit Resolution 1521(2003) verhängten Maßnahmen betreffend Reisen sowie die Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter um einen Zeitraum von zwölf Monaten ab der Verabschiedung dieser Resolution zu verlängern . Der Rat beschließt ferner, das Mandat der nach Resolution 1903(2009) ernannten Sachverständigengruppe bis zum 16. Dezember 2011 zu verlängern.	Einstimmige Annahme
Libyen	S/RES/1970(2011) + Anlagen I, II	26.2.2010	Der Sicherheitsrat verlangt ein sofortiges Ende der Gewalt und fordert, dass Schritte unternommen werden, um die legitimen Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen . Er fordert die libyschen Behörden unter anderem auf, äußerste Zurückhaltung zu üben, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu achten und internationalen Menschenrechtsbeobachtern sofortigen Zugang zu gewähren. Der Rat beschließt ferner, die Situation in der Libysch-Arabischen Dschamahirija seit dem 15. Februar 2011 dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterbreiten, wobei die libyschen Behörden mit dem Gerichtshof und dem Ankläger uneingeschränkt zusammenarbeiten und ihnen jede erforderliche Unterstützung gewähren müssen. Ferner beschließt er, dass alle Mitgliedstaaten die Lieferung, den Verkauf oder die Weitergabe von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art verhindern. Der Rat beschließt, dass alle Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um zu verhindern, dass die in Anlage I dieser Resolution genannten Personen in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen . Der Rat beschließt, dass alle Mitgliedstaaten alle sich in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der in Anlage II zu dieser Resolution genannten Personen unverzüglich einfrieren werden .	Einstimmige Annahme
	S/RES/1973(2011)	17.3.2011	Der Sicherheitsrat missbilligt, dass die libyschen Behörden die Resolution 1970(2011) nicht befolgen , weiter Söldner einsetzen und verlangt eine sofortige Waffenruhe und ein vollständiges Ende der Gewalt und Missbrauchshandlungen gegen Zivilpersonen. Er ermächtigt die Mitgliedstaaten , die eine Notifizierung an den Generalsekretär gerichtet haben und die einzelstaatlich oder über regionale Organisationen oder Abmachungen und in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär tätig werden, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete in der Libysch-Arabischen Dschamahirija, einschließlich Bengasis, zu schützen, unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen jeder Art in irgendeinem Teil libyschen Hoheitsgebiets . Er beschließt ferner, ein Verbot aller Flüge im Luftraum der Libysch-Arabischen Dschamahirija zu verhängen . Der Rat ermächtigt die Mitgliedstaaten außerdem , alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Befolgung des verhängten Flugverbots den Erfordernissen entsprechend durchzusetzen . Er fordert alle Mitgliedstaaten auf, Hilfe zum Zweck der Durchführung der Maßnahmen dieser Resolution zu gewähren , einschließlich der Erteilung aller notwendigen Überfluggenehmigungen.	+10; -0; =5 (Brasilien, China, Deutschland, Indien, Russland)
Nahost	S/RES/1965(2010)	22.12.2010	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung zwischen Israel und Syrien bis zum 30. Juni 2011 zu verlängern .	Einstimmige Annahme
	S/PRST/2010/30	22.12.2010	Im Zusammenhang mit der verabschiedeten Resolution 1965(2010) gibt der Sicherheitsrat die ergänzende Erklärung ab: »Bekanntlich heißt es in Ziffer 13 des Berichts des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (S/2010/607): »... die Situation im Nahen Osten ist angespannt, woran sich voraussichtlich auch nichts ändern wird, solange keine umfassende, alle Aspekte des Nahost-Problems einbeziehende Regelung erzielt werden kann.« Diese Erklärung des Generalsekretärs gibt die Auffassung des Sicherheitsrats wieder.««	
Ostafrikanisches Zwischenseen- gebiet	S/RES/1952(2010)	29.11.2010	Der Sicherheitsrat beschließt , die mit der Resolution 1807(2008) verhängten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter, auf dem Gebiet des Verkehrs sowie Finanzen und Reisen bis zum 30. November 2011 zu verlängern . Der Rat ersucht den Generalsekretär, das Mandat der gemäß Resolution 1533(2004) eingesetzten Sachverständigengruppe ebenso bis zum 30. November 2011 zu verlängern.	Einstimmige Annahme

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
Somalia	S/RES/1964(2010)	22.12.2010	Der Sicherheitsrat beschließt, die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union (AU) zu ermächtigen, den Einsatz der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) bis zum 30. September 2011 fortzuführen. Er ersucht die Afrikanische Union, ihre Truppenstärke von der derzeit mandatierten Zahl von 8000 Soldaten auf 12 000 Soldaten zu erhöhen.	Einstimmige Annahme
Sudan	S/PRST/2010/24	16.11.2010	Der Sicherheitsrat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität und Unabhängigkeit Sudans und unterstreicht seine Unterstützung für die vollständige und rasche Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens durch die sudanesischen Parteien, einschließlich der Abhaltung der Referenden am 9. Januar 2011 über die Selbstbestimmung der Bevölkerung Südsudans und den Status von Abyei und der Volksbefragungen in Südkordofan und Blauer Nil, sowie für eine friedliche, umfassende und alle Seiten einschließende Lösung der Situation in Darfur.	
	S/PRST/2010/28	16.12.2010	Der Sicherheitsrat fordert die Parteien mit allem Nachdruck auf, die zunehmenden Spannungen in Abyei zu entschärfen, dringend eine Einigung über Abyei und die anderen noch offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Umfassenden Friedensabkommen herbeizuführen und die nach den Referenden anstehenden wesentlichen Fragen, darunter Fragen der Grenze, der Sicherheit, der Staatsbürgerschaft, der Verschuldung, des Vermögens, der Währung und der natürlichen Ressourcen, zu regeln.	
	S/PRST/2011/3	9.2.2011	Der Sicherheitsrat begrüßt die am 7. Februar erfolgte Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse des Referendums über die Selbstbestimmung der Bevölkerung Südsudans durch die Kommission für das Referendum in Südsudan, wonach sich 98,83 Prozent der Wähler für die Unabhängigkeit entschieden haben. Der Rat fordert die internationale Gemeinschaft auf, das Ergebnis des Referendums zu achten und allen Sudanesen ihre volle Unterstützung beim Aufbau einer friedlichen Zukunft zu gewähren. Er freut sich darauf, nach dem 9. Juli ein unabhängiges Südsudan als neues Mitglied der internationalen Gemeinschaft begrüßen zu können.	
Terrorismus	S/RES/1963(2010)	20.12.2010	Der Sicherheitsrat beschließt, dass das Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus, dessen übergreifendes Ziel darin besteht, die vollständige Durchführung der Resolution 1373 (2001) sicherzustellen, weiterhin als besondere politische Mission unter der politischen Leitung des Ausschusses bis zum 31. Dezember 2013 tätig sein wird.	Einstimmige Annahme
	S/PRST/2011/5	28.2.2011	Der Sicherheitsrat erinnert daran, dass ein Büro der Ombudsperson mit dem Auftrag eingerichtet wurde, bei der Prüfung der von einer Person, einer Gruppe, einem Unternehmen oder einer Einrichtung vorgelegten Anträge auf Streichung von der nach Resolution 1267(1999) und Resolution 1333(2000) erstellten ›Konsolidierten Liste‹ behilflich zu sein. Der Rat verpflichtet sich, das Mandat des Büros im Juni 2011 zu verlängern. Der Rat begrüßt den ersten Bericht (S/2011/29) der Ombudsperson und nimmt Kenntnis von den Bemerkungen in dem Bericht, auf die er reagieren wird, um zu gewährleisten, dass alle notwendigen Verbesserungen des Verfahrens vorgenommen werden.	
Zentralafrikanische Republik (Tschad)	S/PRST/2010/26	14.12.2010	Der Sicherheitsrat begrüßt die Empfehlungen des Generalsekretärs vom 19. November 2010 (S/2010/584) sowie die Verlängerung des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik (BINUCA) bis zum 31. Dezember 2011 unter Berücksichtigung des Abzugs der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (MINURCAT) aus dem Nordosten der Republik. Zudem nimmt der Sicherheitsrat Kenntnis von dem Dekret des Präsidenten vom 30. Juli 2010, mit dem der 23. Januar 2011 als Termin für die erste Runde der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen festgelegt wurde, und von dem friedlichen Abschluss des Registrierungsprozesses.	
	S/PRST/2010/29	20.12.2010	Der Sicherheitsrat hat den am 15. November 2010 erfolgten vollständigen Abzug der MINURCAT zur Kenntnis genommen. Er fordert die regionalen und die subregionalen Organisationen auf, auf Ersuchen der Regierung der Zentralafrikanischen Republik weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Sicherheit in der Republik, wie etwa eine Verstärkung der Friedenskonsolidierungsmission in der Zentralafrikanischen Republik (MICOPAX), zu erwägen. Der Rat ersucht den Generalsekretär, zum Abschluss der Liquidationsphase der MINURCAT am 30. April 2011 über die Fortschritte Bericht zu erstatten, die im Osten Tschads in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen erzielt worden sind.	